

Prof. Dr. Hubert Weiger, BUND

„Ist das unser Müll?“

Rolle eines Umweltverbandes beim Konflikt um die Endlagerung von Atommüll

Sehr geehrter Herr Sommer,

danke für die Einladung zu dieser wichtigen zentralen Veranstaltung, danke auch ausdrücklich dem DNR für die Durchführung dieser Veranstaltung und auch für die Breite des Forums mit dem wir heute auch innerhalb der Verbände, auch zwischen den Verbänden die Mitgliedsverband im DNR sind, und die nicht Mitglied im DNR sind und in Bürgerinitiativen diskutieren können.

Ich vertrete als Vorsitzender eine Organisation, die 1975 gegründet worden ist. Ich war damals jüngstes Gründungsmitglied im Verband und sie ist gegründet worden als Bewegung, als Vereinsorganisation im Kampf gegen die Atomkraftwerke in Deutschland. Es war die zentrale Motivation zur Gründung des BUND.

Und seit dieser Zeit stand und steht der Widerstand gegen die Atomenergie, gegen ihre Unverantwortlichkeit auch im Mittelpunkt unseres verbandlichen Tuns gemeinsam mit Bürgerinitiativen.

Wir fordern nicht erst seit 2011 sondern seit Jahrzehnten die sofortige Stilllegung der Atomkraftwerke. Nicht nur wegen den bekannten Gefahren durch die Gewinnung der Brennstoffe, durch deren Einsatz, durch deren Aufbereitung, Zwischenlagerung, durch die bekannten Gefahren der Proliferation von atomaren Spaltmaterialien zu militärischen Zwecken, sondern gerade auch wegen der nicht zu lösenden Herausforderung der Lagerung der entsprechenden Hinterlassenschaften des Betriebs.

Wir haben es gestern gehört, wir müssen letztendlich garantieren, dass für mindestens eine Million Jahre die entsprechenden Belastungen von der Biosphäre ferngehalten werden. Die Zahl ist leicht ausgesprochen, aber keine Generation vor uns stand vor so einer gewaltigen Aufgabe und deswegen tun wir uns bereits schon schwer mit dem Begriff der Endlagerung.

Denn auch wenn wir uns bemühen, ob es tatsächlich ein Endlager ist, was wir finden, oder immer nur ein etwas anderes Zwischenlager, das vermag niemand von uns zu beantworten.

Vor diesem Hintergrund, und das möchte ich einleitend verdeutlichen, fordern wir nach wie vor die sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke und die rechtliche Absicherung des Atomausstiegs im Grundgesetz.

Wir wissen heute, dass wir durch die Atomwirtschaft ca. 300.000 m³ Atommüll, davon über 17 T Tonnen hochradioaktive, Wärme entwickelnden Abfälle vorhanden haben.

Das ist eine Erblast, wo wir nicht wissen, wohin damit und von daher müssen wir aufhören mit dem Verdrängen dieses Problems und mit dem Hin- und Herschieben. Und wir müssen in der Tat als Gesellschaft die Kraft aufbringen zu einer ehrlichen Bestandsaufnahme. Auch davon ist gestern gesprochen worden.

Denn wenn immer wieder gefordert wurde, wir brauchen Vertrauen, dann wissen viele von uns hier in diesem Raum wie getäuscht, wie getrickst, wie manipuliert nicht nur wurde, sondern nach wie vor wird.

Und von daher ist die Geschichte des Atommülls in Deutschland eben nicht nur eine Geschichte der Hypotheken im realen Sinn, sondern auch gesellschaftliche Hypotheken.

Es geht ein tiefer Spalt des Misstrauens durch unsere gesamte Gesellschaft. Und ich erlebe das als Vorsitzender im Verband, gerade weil wir eben nicht nur hier in Berlin tätig sind, sondern auch draußen vor Ort unsere aktiven Gruppen haben. Wie tief die Betroffenheit ist, im Umgang mit ihnen, mit ihren Sorgen.

Von daher freuen wir uns auf der einen Seite, dass wir endlich überhaupt offensichtlich einen neuen Versuch machen wollen, das Thema anders anzugehen als bisher. Aber wir haben auch erkannt, es bedurfte erst wieder der Reaktorkatastrophe von Fukushima, dass politische Entscheidungen wieder umgekehrt worden sind, ein halbes Jahr nachdem man gegen den Widerstand von uns allen, gegen die große Mehrheit der Bevölkerung die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke beschlossen hat.

Wir wissen, dass das, was bis heute als Lager für entsprechende Abfälle bezeichnet wird, auch ansatzweise den Herausforderungen nicht gerecht wird.

Morsleben als sogenanntes Endlager in Sachsen-Anhalt. Wir wissen nicht, wie weit Morsleben wäre im Betrieb, wenn nicht 2000 Tonnen schwere Gesteinsbrocken herabgefallen wären. Zum Glück auf eine Einlagerungskammer, in der noch kein Atom Müll lag. Wo es dann als Ergebnis dieses Einsturzes letztendlich stillgelegt wurde. Aber bis heute wissen wir nicht, wohin mit den dort eingelagerten radioaktiven Abfällen.

Wir wissen, dass auch die Asse ursprünglich für dauerhafte Einlagerung von Atom Müll vorgesehen war, dass viele davor gewarnt haben. Dass damals bereits schon in den 60iger Jahren das zuständige Oberbergamt Bedenken wegen der Stabilität angemeldet hatte und heute sind wir mit Wassereintritt und vielem anderen konfrontiert und wissen auch wieder nicht, wie wir damit letztendlich umgehen sollen. Dass das BMU beschlossen hat, die Rückholung aus dem Bergwerk zu verfolgen, ist keine Aussage über die Sicherheit des dann herausgeholt Atom Mülls.

Von dem wir nur wissen, dass offensichtlich vieles eingelagert wurde, was nicht als solches deklariert war. Und das unter staatlicher Aufsicht.

Auch der Schacht Konrad gibt keine Hoffnung für eine Lösung des Problems. Als Endlager für schwache, mittelradioaktive Abfälle sollte er genutzt werden. Wir wissen aber auch hier, dass das Bundesverfassungsgericht im Jahr 2008 sogar die Langzeitsicherheit rechtlich bestätigt und festgestellt hat, dass die Langzeitsicherheit weder durch die betroffene Bevölkerung noch durch die Kommunen einklagbar ist. Die Rechtsposition unseres höchsten deutschen Gerichtes ist in unseren Augen irrig und nicht zu akzeptieren.

Wir fordern deshalb, dass Schacht Konrad keinesfalls als sogenanntes Endlager akzeptiert wird, denn es ist auch eines der Lager, welche ohne Kriterien, die wissenschaftlich gewonnen worden sind, festgelegt wurde und ohne entsprechende vergleichende Auswahlverfahren genehmigt wurde.

Damit zu Gorleben. Gorleben steht im Mittelpunkt der sogenannten Endlagerdebatte in Deutschland. Wir haben eine klare Position. Ich kann es hier in diesem Kreis kurz machen, Gorleben ist geologisch ungeeignet und politisch verbrannt. Und das, was die nächsten 100.000 Jahre im Westen sicher sein soll, das ist im Osten über der Elbe bei Lenzen als See bzw. Moor zu bestaunen. Es ist die gleiche geologische Formation. Aber wir wissen, dass an Gorleben festgehalten wird. Wir wissen, dass hier sehr viel investiert wurde. Und dass hier alles getan worden ist, um immer wieder zu sagen, wir

haben ja bereits ein entsprechendes Lager, auch ein Zwischenlager, warum sollen wir dann von Neuem beginnen.

Und deshalb ist für uns das was wir jetzt diskutieren mit einem „Geburtsfehler“ belastet, in dem nämlich nicht von vornherein Gorleben kategorisch ausgeschlossen wurde.

Nun, um auf die Frage eine Antwort zu geben: „Ist das unser Müll?“ Natürlich ist es nicht unser Müll, wir haben ihn von Anfang an bekämpft, aber wir sind damit konfrontiert. Wir wissen eins, wir können dieses Problem nicht zu Lasten anderer Länder lösen. Und unsere Generation muss sich dieser Verantwortung stellen. Wobei wir von vornherein klarmachen, es geht nicht um die Lösung des Problems, es geht um das Ringen um eine weniger schlechte Lösung. Und es geht also darum, dass der vergleichsweise am wenigsten schädliche Standort für ein Atommülllager ausgewählt wird, nach Prüfung von Alternativen und dass dieser Standort nicht am Widerstand vor Ort der jeweiligen Region scheitert.

Dafür braucht es natürlich nicht nur eine Politik, welche tatsächlich Vertrauen schafft und offen ist, sondern dafür braucht es letztendlich auch die Akzeptanz der Anti-Atom-Bewegung. Das ist in der Tat eine neue Verantwortung, die wir haben.

Der wir aber nur dann gerecht werden können, wenn tatsächlich fair, ergebnisoffen von Anfang an gearbeitet wird. Und wenn dann tatsächlich, das was auf dem Tisch liegt, sowohl von Bürgerinitiativen wie von Organisationen wie .ausgestrahlt, wie auch von uns als Verband nicht nur zur Kenntnis genommen, sondern intensiv diskutiert wird. Wir brauchen eine entsprechende, auch öffentliche Diskussion der Vorschläge. Denn das ist ein weiterer zentraler Geburtsfehler des entsprechenden Gesetzgebungsprozesses gewesen, vor dem wir immer gewarnt haben, dass die gesellschaftliche Debatte nicht zuvor gekommen ist.

Das heißt, wenn wir sie jetzt führen, dann muss sie auch unter bestimmten Rahmensetzungen erfolgen. Das heißt, vor einer Suche nach einer örtlich konkreten Lage muss ein Rahmenkonzept für die Lagerung erstellt werden. Wir brauchen endlich die Vorlage für ein Atommüllverfahrensgesetz. Auch mit Sicherung demokratischer Mitwirkungsrechte. Auch mit der Voraussetzung, dass entsprechende mehrere Standorte miteinander zu vergleichen sind.

Wir brauchen, wie gesagt, die Sicherheit dafür, dass Gorleben nicht mehr als Atommülllager in Frage kommt.

Wir brauchen auch Aussagen, dass Atommüll nicht exportiert werden darf.

Und wir brauchen verbindliche Beschlüsse für den Atomausstieg. Und die Genehmigung eines solchen Lagerstandortes darf erst dann erfolgen, wenn tatsächlich der Atomausstieg irreversibel vollzogen ist.

Wir brauchen eben auch die entsprechende klare Positionierung zu den vorhanden, bereits schon genannten Lagern, Stichwort „Schacht Konrad“ und andere.

Was wir zwingend benötigen, ist nicht nur Alternativprüfungen, sondern wir brauchen eine transparente und beteiligungsoffene Form der Bürgerintegration.

Wir brauchen auch die Finanzierung von Bürgerarbeit. Denn wir sind natürlich mit Sachverstand, auch mit Finanzen an anderer Stelle konfrontiert.

Und wir brauchen die Verantwortung des Staates, der nicht länger seine Verantwortung an die AKW-Betreiber delegieren darf.

Die Kosten dieses Prozesses, die müssen allerdings die AKW-Betreiber zahlen. Die Kosten dürfen nicht sozialisiert werden.

Nun, vor diesem Hintergrund haben wir uns immer für einen besseres Standortauswahlgesetz eingesetzt, und wir haben den sogenannten Zeitdruck in dem

entsprechenden Zeitfenster angesichts der gewaltigen Aufgabe nie akzeptiert. Wir haben uns deshalb auch in unserer Positionierung zum Standortauswahlgesetz noch einmal intensiv damit auseinandergesetzt und sind natürlich jetzt heute konfrontiert, dass das Gesetz beschlossen ist, dass die Kommission die Arbeit aufnehmen soll, und damit die Frage, können, sollen wir die zwei Sitze, die uns angeboten sind, wahrnehmen. Eine Frage, die gerade uns als Verband intensivst beschäftigt und herausfordert. Wir haben einen Beschluss unserer Delegiertenversammlung, dass wir unter den jetzigen Bedingungen uns nicht beteiligen, dass wir aber, wenn die Bedingungen sich verändern, die Beteiligung prüfen.

Wir stellen fest, dass sich in den letzten Wochen durchaus eine neue Dialogbereitschaft der Politik herausgestellt hat. Wir werden deshalb als Verband am 12. April im Rahmen einer Sitzung unseres Gesamtrates uns intensivst mit dieser Frage auseinandersetzen und dazu entsprechende Beschlüsse fassen und deswegen ist diese Tagung auch für unsere eigene innerverbandliche Positionierung so unverzichtbar.

Was sind nun unsere zentralen Kriterien?

Es ist zum einen die Rücknahme der Klage des Bundesumweltministeriums gegen das Land Niedersachsen zum Rahmenbetriebsplan. Da hat sich was, erfreulicherweise, bewegt. Aber es muss gleichzeitig der Antrag auf Planfeststellung für Gorleben zurückgenommen werden. Die Veränderungssperre Gorleben muss aufgehoben werden. Und wir brauchen ein Moratorium, dass der Aufbau des Bundesamtes für kerntechnische Entsorgung erst nach abgeschlossener Evaluierung des Gesetzes beginnen darf. Von daher ist ein Entschließungsantrag der Bundestagsfraktionen von zentraler Bedeutung. In der eben auch unter anderem man sich auseinandersetzt mit der Überführung der Entsorgungsrückstellungen in einen öffentlichen Bereich.

Wir halten es auch für zwingend notwendig, den jetzt festgelegten Zeitraum für die Behandlung zu überarbeiten. Wir haben gehört: 30 Monate. Angesichts der gewaltigen Herausforderungen, angesichts der Tatsache, dass zentrale Forschungsergebnisse erst wesentlich später vorliegen werden, ist dieser Zeitraum zu knapp bemessen.

Wir brauchen Einvernehmensprinzipien. Ob es über die Wissenschaftler ist, bis hin zum Vorsitzenden. Wir brauchen die Verantwortung, dass das Standortauswahlgesetz nicht irgendwann, sondern innerhalb einer entsprechenden Frist vorrangig evaluiert wird. Und dass die Kommission im Konsens entscheidet.

Das heißt, es geht um neue Verantwortungen, die dann auch tatsächlich wegführen von Mehrheit-/Minderheitssituationen. Und wir sind auch der Meinung, dass im Rahmen der Kommissionsarbeit letztendlich nicht nur das gesamte Gesetz auf den Prüfstand muss, sondern dass der gesamte Atommüll zu behandeln ist. Nicht nur der besonders hochradioaktive.

Wir brauchen vor allem auch eine andere rechtliche Mitwirkungsmöglichkeit der Bürger bis hin zur stärkeren gerichtlichen Überprüfung von Verwaltungsentscheidungen. Und wir müssen uns auch mit der Frage der Zwischenlager beschäftigen.

Meine Damen und Herren, sie sehen also, dass gewaltige Aufgaben vor uns stehen. In der Tat, der Abgeordnete Herr Miersch hat gestern völlig zurecht darauf hingewiesen: Ein durchaus bisher einmaliges Vorgehen ist die Schaffung einer Kommission zur Überprüfung eines erst vor kurzem beschlossenen Gesetzes.

Wir haben gehört, dass wir uns in einer Situation befinden, die geschichtlich letztendlich sehr belastet ist. Und deshalb beanspruchen wir als Umweltverbände keine Sonderrolle, aber wir müssen wissen, dass die Ergebnisse der Kommission letztendlich völlig unabhängig von unserer eigenen Haltung als Einzelner oder als Verband von der

Bevölkerung nur dann getragen werden, wenn tatsächlich diese Kriterien auch erfüllt sind. Es geht also nicht um das, was wir jetzt einbringen, sondern es geht darum, dass tatsächlich das, was am Ende dann heraus kommt, als Ergebnis auch eine hohe Akzeptanz hat. Weil das Ringen um die beste Lösung transparent und nachvollziehbar geworden ist. Und das bedeutet, dass im Rahmen dieses Prozesses natürlich Alternativen zu diskutieren, zu behandeln sind und dass Bürgerrechte gestärkt und nicht geschwächt werden dürfen. Es muss dieses Gesetz letztendlich auch einen Beitrag zur Stärkung der demokratischen Kultur in unserer Gesellschaft leisten.

Und Bürgersachverstand muss als zentraler Beitrag zur Lösung von Problemen anerkannt werden und darf nicht länger als Problem diskutiert werden. Hätte man nur mehr auf Bürger gehört, wir würden uns heute Milliardenkosten und vieles andere an Problemen ersparen.

Deshalb, meine Damen und Herren, sind diese Forderungen kein Pokerspiel, sondern sind die Voraussetzungen für die Glaubwürdigkeit des Prozesses. Und für einen tatsächlich neuen Beginn, der dieser gewaltigen Aufgabe gerecht wird. Und wir setzen hier durchaus darauf, dass wir einen neu gewählten Bundestag haben. Dass wir neue Bundes- und Landesregierungen haben. Und deswegen als zentrale Position von uns: es muss vor Beginn des Prozesses klar gemacht werden, dass man bereit ist, diese zentralen Forderungen der ersten Phase der Kommissionsarbeit nicht nur zu diskutieren. Durch Evaluierung des Gesetzes sind sie zu berücksichtigen, denn nur dadurch wird Vertrauen geschaffen. Vertrauen wird nicht durch die Forderungen nach Vertrauen gewonnen, sondern nur durch die Taten.

Das Ganze müsste natürlich auch entsprechend zeitlich fixiert werden.

Ich danke ihnen.